

Reise von Bundesrat Stich nach Turkmenistan, Kirgistan, Usbekistan und Aserbaidschan (13. - 18. April 1993)

An der Spitze einer umfangreichen Delegation, der auch Wirtschaftsvertreter angehörten, und begleitet von zahlreichen Journalisten, bereiste Bundesrat Stich während einer Woche die zentralasiatischen Republiken, die zur schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei den Bretton Woods Institutionen gehören sowie die transkaukasische Republik Aserbaidschan.

Die Reise stand unter dem Vorzeichen einer Fühlungnahme mit den Stimmrechtsgruppenländern. Bundesrat Stich wurde von den Präsidenten Nijasov, Akajew und Karimov sowie vom aserbaidjanischen Regierungschef zu längeren und freundschaftlichen Gesprächen empfangen. Ferner führte er Fachgespräche mit den Ministern für Finanzen und Wirtschaft. Die schweizerische Delegation konnte bei dieser Gelegenheit feststellen, dass unser Land in dieser Weltgegend über ein ausgezeichnetes Renommée verfügt. Mit dem Hohelied auf unser Land sind allerdings auch Erwartungen verknüpft. Die besuchten Länder leiden unter gestörten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und rechnen bei der Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme mit unserer Hilfe.

Die Schweiz wird in einer ersten Phase ihre Unterstützung auf Kirgistan konzentrieren. Dieser mittelasiatische Staat, der im Vergleich zu den übrigen Ländern über die geringsten Rohstoffvorkommen verfügt, und deshalb am meisten einer konzessionellen Hilfe bedarf, ist auf dem Weg der Reformen am weitesten fortgeschritten. Ob das aufgeklärte Regime von Präsident Akajew in der Auseinandersetzung mit dem mehrheitlich von Kommunisten beherrschten Parlament die Oberhand behalten wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt geschrieben.

Turkmenistan

Im Stil eines morgenländischen Potentaten präsentierte Nijasov - seit sieben Jahren an der Macht - seine Vorstellungen über die Zukunft seines Landes. Die Marktwirtschaft soll behutsam und nicht mittels einer Schocktherapie eingeführt werden. Zur Entwicklung der Wirtschaft seines Landes zählt Nijasov auf die Rohstoffvorkommen. Konzessionelle Kredite würden nicht benötigt. Nijasov betonte mehrmals, dass in seinem Land die Regeln der Demokratie und die Menschenrechte volle Beachtung fänden. Um der Bevölkerung die politische Wende nach der Unabhängigkeit zu demonstrieren, werden das Erdgas, das Benzin und das Wasser gratis abgegeben.

Kirgistan

Mit der argumentativen Sicherheit eines Wissenschafters stellte Akajew sein Reformprogramm vor. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck,

dass das Reformprogramm entsprechend den Vereinbarungen mit dem IMF durchgeführt werden könne. Unmittelbar vor dem Gespräch mit Bundesrat Stich hatte das Parlament in zweiter Lesung eine Verfassungsbestimmung abgelehnt, die den Landwirten den Besitz von Grund und Boden ermöglicht hätte. Die neue Verfassung sieht nur eine lebenslängliche Pacht vor.

Akajew zeigte sich äusserst dankbar für die Unterstützung, die die Schweiz seinem Land verliehen hat (10 Mio. Dollar Pledge im Rahmen der Weltbank, Finanzierung der Beitrittskosten zu den Bretton Woods Institutionen, Beratung durch die SNB in der Geldpolitik). Die schlechte Wirtschaftslage gefährdet den Demokratisierungsprozess, der bisher mutig vorangetrieben wurde.

Usbekistan

In überschwänglichen Worten lobte der usbekische Präsident die Vorzüge unserer Demokratie und Wirtschaft. Karimov wiederholte seine Einladung an Herrn Bundespräsident Ogi, den er am World Economic Forum in Davos getroffen hatte, Usbekistan zu besuchen.

Usbekistan brauche keine konzessionellen Kredite, sondern Projektfinanzierungen von Seiten der Banken. Das Vertrauen in die Schweizer Banken sei so gross, dass Usbekistan, weltweit der viertgrösste Goldproduzent, seine Goldvorräte bei schweizerischen Banken deponiert habe. Bundesrat Stich unterzeichnete in Taschkent ein bilaterales Handels- und Investitionsschutzabkommen und weihte eine Färbereianlage der Firma Benninger in Buchara ein.

Aserbaidschan

Das Land steht vor der dreifachen Herausforderung, den Uebergang zur Demokratie und Marktwirtschaft zu bewerkstelligen, die territoriale Integrität des Landes zu schützen und die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Der Krieg mit Armenien verschlingt laut Regierungschef Masimov 20 Prozent des Haushalts.

Die fehlende Versorgung mit Rubeln hat die Regierung bewogen, eine Parallelwährung, den Manat, einzuführen. Der Anteil des Manats an der Gesamtgeldmenge beträgt 55 Prozent. Wann Aserbaidschan eine eigene Währung schaffen werde, konnte der Finanzminister nicht sagen.

Am 2. Mai findet eine von der Weltbank organisierte Konsultativgruppensitzung in Baku statt. Bundesrat Stich stellte keine Unterstützung in Aussicht, solange der Krieg mit Armenien andauere.

Im Zusammenhang mit dem Konflikt um Berg Karabach erkundigte sich Bundesrat Stich, auf welche Weise die Schweiz allenfalls zu dessen Beendigung beitragen könnte. Die aserbaidshanschen Gesprächspartner traten auf dieses Angebot nicht näher ein.

Eröffnung einer schweizerischen Vertretung in Taschkent

Präsident Karimov und der usbekische Regierungschef Mutalov begrüßten die von Bundesrat Stich angekündigte Eröffnung einer schweizerischen Botschaft in Taschkent. Sie versprachen jede Unterstützung, damit die Schweiz eine ihrem Prestige angemessene Kanzlei und Residenz findet.

Präsident Nijasov lehnte eine Seitenakkreditierung unseres Botschafters in Taschkent in seinem Land kategorisch ab. Wenn die Schweiz in Aschabad keine Vertretung eröffnen wolle, stehe es ihr frei, die diplomatischen Beziehungen über die Botschaft in Moskau oder Ankara wahrzunehmen. Präsident Akajew sähe gerne eine schweizerische Botschaft in Bischkek, erklärte sich aber mit einer Seitenakkreditierung einverstanden. Das mit Erdgas reich versorgte Turkmenistan hat, trotz der gegenteiligen Beteuerungen seines Präsidenten, ein latentes Misstrauen, Usbekistan könnte eine Politik der regionalen Integration in Richtung eines gemeinsamen Turkestan verfolgen.

Kommentar

Mit der Aufnahme dieser drei zentralasiatischen Republiken sowie von Aserbaidschan in ihre Stimmrechtsgruppe hat die Schweiz **keine leichte Aufgabe übernommen**. Von einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung sind zumindest Usbekistan und Turkmenistan meilenweit entfernt. Auch mit der Respektierung der Menschenrechte dürfte es in diesen beiden Republiken hapern. Inwiefern die Schweiz der Aufgabe, die sie in diesen Ländern übernommen hat, gerecht werden und die Erwartungen erfüllen kann, wird sich noch weisen müssen. Auf jeden Fall hat Bundesrat Stich mit seiner Delegation in dieser Weltgegend aussenpolitische Präsenz markiert.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten war an dieser Mission mit dem designierten Botschafter in Taschkent sowie dem Chef des Büros für die Zusammenarbeit in Osteuropa vertreten. Das Eidgenössische Finanzdepartement wird einen ausführlichen Bericht verfassen.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

TELEFAX

Deckblatt + Seiten

Empfänger:	Telefax-Nr. des Empfängers:
Presse und Informationsdienst zHv. Frau Cabalzar	21 30 87
Ref. / Initialen:	Klassifikation:
E.B.75.77.20.00.CEI-OMU <i>s.d. 11. April</i>	EILT
Absender:	Telefax-Nr. des Absenders:
EDA, BÜRO FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA, 3003 BERN	26 34 56

Bemerkungen:

Beitrag für die "Informations hebdomadaires normales"

In der Beilage finden Sie den Beitrag für den Wochentelex über die Reise von Bundesrat Stich nach Turkmenistan, Kirgistan, Uzbekistan und Aserbaidschan (13.-18. April 1993).

Der Beauftragte für die Osthilfe

Eric Martin

Beilage erwähnt

Datum: 19.4.1993